

Niederschrift

über die Sitzung des Integrationsrates bei der Stadt Eschweiler am Donnerstag, den 06.03.2008, 17.30 Uhr, in Raum 7 des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend waren:

Demokratik Türk Birliği:
Mitglieder:

Ilker Zaman, Seher Cifci, Ilhan Koc, Taylan Zaman

SPD:
Mitglieder:

Anikó Ecker, Ioannis Argiriou, Carlos da Mota, Samira Louadj, Yasemin Turhan-Sahintürk, Mario Asara

Einzelbewerber:

Abdeslam El Bourakkadi Soussi

Ratsmitglieder:

SPD:

Stefan Löhmann, Agnes Zollorsch

CDU:

Othmar Krauthausen

UWG:

Erich Spies

FDP:

Hans-Jürgen Krieger

Grüne:

Franz-Dieter Pieta

Schriftführer:

Jens Bauerdick

Verwaltungsmitarbeiter:

Manfred Knollmann, Jürgen Rombach, Sigrid Harzheim

Gäste:

Hanns-Jürgen Kreutz (Polizei), Hans Kottke (Polizei)

Tagesordnung:

A **Öffentlicher Teil**

A 1 **Genehmigung einer Niederschrift**

A 2 Kommunales Wahlrecht für Ausländer VV-Nr.: 039/08

**A 3 Integrationskonzept Eschweiler – Handlungsempfehlungen
VV-Nr.: 040/08**

A 4 Anfragen und Mitteilungen

A 4.1 Bemühungen der türkischen Stadt Dalaman um eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Eschweiler – mündlicher Sachstandsbericht -

B Nichtöffentlicher Teil

B 1 Kassenbericht Integrationsrat 2007

B 2 Anfragen und Mitteilungen

A Öffentlicher Teil

A 1 Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift vom 11.10.2007 wurde einstimmig genehmigt.

Bezug nehmend auf die vergangene Sitzung regt RM Löhmann an, gemeinsam mit der hiesigen Presse einen Vorort-Termin auf dem Friedhof in St. Jöris vor der nächsten Sitzung zwecks Begutachtung der Friedhofsfläche vorzunehmen. Weiterhin sollen Vorort-Termine bei Bestattern zwecks Besichtigung der Waschräume vor der nächsten Sitzung durchgeführt werden.

A 2 Kommunales Wahlrecht für Ausländer

RM Pieta merkt an, dass die Entscheidung über ein kommunales Wahlrecht für Ausländer in Berlin gefällt werde. Eine Resolution an die Bundestagsfraktionen als Appell für das kommunale Wahlrecht für Ausländer, dass dieses im Grundgesetz festzusetzen ist, soll verabschiedet werden. RM Pieta sagt, dass Menschen dort wo sie leben, mitentscheiden können und sollen. Hierzu merkt er außerdem an, dass Integration nur über Beteiligung vorangetrieben werden kann. Durch diese Beteiligung sollen Parallelgesellschaften verhindert werden können. Weiterhin merkt RM Pieta an, dass es Länder gibt, in denen das kommunale Wahlrecht für Ausländer praktiziert wird und dass die Gefahr, dass Extremisten in den Räten sitzen könnten, nicht gegeben ist. In Eschweiler leben 5.000 Ausländer. Dies ist ein eher geringer Anteil an ausländischen Mitbürgern. RM Pieta bittet, der Resolution zuzustimmen, damit diese im Rat beschlossen werden kann. Durch die

Zustimmung zu dieser Resolution wird gezeigt, dass Ausländer ernst genommen werden. Herr da Mota merkt hierzu an, dass in Portugal derjenige das Wahlrecht verliert, der in ein anderes Land auswandert. RM Krauthausen sagt hierzu, dass in der CDU-Fraktion hierüber noch beraten werden muss und eine Stellungnahme in der Sitzung des Stadtrates am 29.04.2008 abgegeben werde.

Frau Ecker trägt den geänderten Beschlussvorschlag der SPD (TOP A2 VV 039/08) vor. RM Pieta teilt mit, dass sich die Grünen dem Vorschlag der SPD anschließen werden.

RM Krieger macht deutlich, dass seitens der FDP vor der Erteilung des Wahlrechtes eine Einbürgerung bevorzugt wird, und der Antrag seitens der FDP aus diesem Grund nicht unterstützt werde. Es hätte seiner Ansicht nach mehr Zeit zur Diskussion geben müssen. RM Pieta sagt hierzu, dass es Auseinandersetzungen mit der Demokratie von unten her geben müsste, auch im Hinblick auf die Rechte, die in der Minderheit ist; mit dieser Personengruppe, so RM Pieta, müsste man sich beschäftigen. Weiterhin merkt er hierzu an, dass eine Entscheidung über ein kommunales Wahlrecht für Ausländer nicht hier, sondern in Berlin gefällt werde und dass er mehr Vertrauen in die Politik von unten wünscht.

RM Löhmann merkt an, dass es auf Grund der großen Koalition in Berlin die Möglichkeit der 2/3 Mehrheit zur Änderung des Grundgesetzes gäbe und dass es inhaltlich dazu nichts mehr hinzuzufügen gäbe. Ein Signal von Seiten des Integrationsrates soll hierzu ausgehen. Er merkt an, dass wenn jemand Steuern bezahlt, er auch dann im Rahmen des Wahlrechtes ein Mitspracherecht erhalten soll. RM Krauthausen hebt nochmals hervor, dass die Zeit hierfür jetzt ideal ist. RM Spies sagt hierzu, dass der Antrag eine Diskussion von unten nach oben auslösen werde. Weiterhin merkt er an, dass diese Diskussion nicht ungefährlich sei, obwohl der Antrag gute Ansätze enthält und ergänzt hierzu, dass diese Entscheidung Sache der großen Politik sei, da zur Änderung des Wahlrechtes eine Änderung des Grundgesetzes notwendig sei.

Herr Zaman merkt an, dass das Wahlrecht für Ausländer unabhängig von der Einbürgerung sein soll. Kein Ausländer soll dazu gezwungen sein, einen deutschen Pass besitzen zu müssen.

Über den Vorschlag wird wie folgt abgestimmt:

Gegenstimmen:	1	(RM Krieger/FDP)
Enthaltungen:	2	(RM Krauthausen/CDU, RM Spies/UWG)
Zustimmungen:	12	(alle übrigen Mitglieder)

A3 Integrationskonzept Eschweiler - Handlungsempfehlungen

Herr Rombach merkt an, dass die Empfehlungen nicht kostenfrei sind, und dass dies jedem bewusst ist. Herr Knollmann merkt an, dass Integration als Aufgabe vom Bund auf die Kommunen übertragen wurde und somit auch der finanzielle Aspekt. Je 25.000,00 € sind hierfür im Doppelhaushalt 2008/2009 eingeplant. Dieser Betrag liegt für 2008 zu Grunde. In der nächsten Ratssitzung Ende April wird der Haushalt eingebracht. Der Kämmerer sagte zu, dass eine Kürzung dieses Betrages seitens der Verwaltung hier nicht vorgenommen wird, da diese Aufgabe als sehr wichtig erachtet werde. RM Löhmann merkt an, dass er der Meinung ist, dass die Betroffenen mit einbezogen werden müssen. Des Weiteren soll mit den Projekten begonnen werden, wo keine Drittmittel erforderlich sind. Herr Rombach sagt, dass es das Programm Komm - In NRW gibt, durch welches finanzielle Mittel beantragt werden können.

Abstimmungen über die Handlungsempfehlung:

Einstimmige Beschlussfassung

A 4 Anfragen und Mitteilungen

A 4.1 Bemühungen der türkischen Stadt Dalaman um einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Eschweiler – mündlicher Sachstandsbericht -

Herr Zaman teilt mit, dass die Bemühungen für die Städtepartnerschaft bisher zu einem positiven Ergebnis gelangt sind. Für den Monat Mai liegt eine offizielle Einladung von Seiten der türkischen Stadt Dalaman vor. Er bittet vor allem die Vertreter der Fraktionen darum, mindestens einen Vertreter aus der jeweiligen Fraktion an dieser Einladung teilnehmen zu lassen. RM Krauthausen merkt an, dass Vertreter des Segelclubs Blausteinsee schon mehrmals in Dalaman gewesen sind. Herr Rombach teilt mit, dass er eine CD-Rom besitzt, die von jedem eingesehen werden kann. In der Zeit vom 12.05. – 18.05.2008 findet in Dalaman ein Festival statt.

Weitere Anfragen und Mitteilungen:

Herr Kreutz von der Polizei Eschweiler sagt, dass bei der hiesigen Stelle der Polizeibeamte Herr Kottke die Aufgabenfunktion als Kontaktperson für Muslime übernommen hat. Herr Kottke stellt sich selbst vor. Er gibt außerdem seine Kontaktadresse an. Diese lautet wie folgt:

Hanns Kottke
Tel. dienstlich: 02403/957712581
Tel. privat: 02403/66542
Handy: 0163-3105590

Herr Da Mota fragt an, ob es allen Kollegen recht sei, die „Stolpersteine“ auszulegen. RM Pieta erläutert, worum es sich bei den Stolpersteinen handelt. Hierbei handelt es sich um spezielle Pflastersteine, die von einem Künstler angefertigt werden. Diese sollen einzeln vor jedes Haus in Eschweiler in den Bürgersteig eingelassen werden, in denen bis 1945 jüdische Mitbürger gewohnt haben. Die Kosten für einen solchen Stein betragen 95,00 € pro Stück. RM Pieta bittet um die Unterstützung seitens des Integrationsrates. Es wird beschlossen, dass für die nächste Sitzung hierzu eine Verwaltungsvorlage erstellt wird.

Herr Zaman berichtet zudem von der Wanderausstellung „Migration im Kreis Aachen“ (AKAP). Herr Rombach teilt mit, dass am 07.04.2008 um 17.30 Uhr die Eröffnung der Wanderausstellung im Ratssaal des Rathauses Eschweiler eröffnet wird.

Weitere Anfragen und Mitteilungen gibt es nicht.

Ende des öffentlichen Teils: 18.33 Uhr